Planung und ökologische und soziale Transformation

Beitrag zu einem Dossier zu Sozialismus, Märkte, Selbstverwaltung

von Michael Löwy

Die Auffassung, dass in jedem ernsthaften und radikalen Prozess des sozial-ökologischen Übergangs eine Planung der Wirtschaft notwendig ist, findet zunehmend Zustimmung. Dies steht im Gegensatz zu den traditionellen Positionen der grünen Parteien, sie treten für eine ökologische Variante der „Marktwirtschaft", d. h. für einen „grünen Kapitalismus" ein.

In ihrem neuesten Buch stellt Naomi Klein fest, dass es „angesichts der Klimakrise" gilt, „eine Kunst wiederzuentdecken, die in den Jahrzehnten des Marktradikalismus einen schlechten Ruf bekommen hatte: die Planung". Dazu gehören ihrer Ansicht nach Industrieplanung, Flächennutzungsplanung, ein landwirtschaftlicher Plan, ein Plan für Beschäftigte, „deren Arbeitsplätze wegfallen, sobald wir uns von fossilen Energieträgern gelöst haben", usw. „Wir müssen unsere Wirtschaft wieder auf Basis des Gemeinwohls planen, anstatt einzig nur die Rentabilität von Unternehmen im Auge zu haben". (1)

Demokratische Planung

Der sozial-ökologische Übergang – hin zu einer ökosozialistischen Alternative – setzt die öffentliche Kontrolle der wichtigsten Produktionsmittel und eine demokratische Planung voraus: Entscheidungen über Investitionen und technologischen Wandel müssen den Banken und kapitalistischen Unternehmen weggenommen werden, wenn sie dem Gemeinwohl der Gesellschaft und der Umwelt dienen sollen.

Wer soll diese Entscheidungen treffen? Die Antwort der Ökosozialist*innen lautet oft: die arbeitenden Menschen. In Buch III des Kapitals definiert Marx den Sozialismus als eine Gesellschaft, in der „die assoziierten Produzenten […] ihren

Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln“. (2) In Buch I des Kapitals ist jedoch ein breiterer Ansatz zu finden: Sozialismus wird verstanden als ein „Verein freier Menschen […], die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten“. (3) Das ist eine viel besser geeignete Konzeption: Produktion und Konsum müssen nicht nur von den „Produzent*innen“, sondern auch von den Konsument*innen und in der Tat von der Gesellschaft insgesamt rationell geregelt werden, also von der produktiven oder „unproduktiven“ Bevölkerung: Student*innen, Jugendliche, Hausfrauen (und Hausmänner), Rentner*innen usf. In diesem Sinn wird es der Gesellschaft insgesamt freistehen, demokratisch zu wählen, welche Produktionslinien Vorrang bekommen und welchen Umfang die Ressourcen haben sollen, die in Bildung, Gesundheit und Kultur investiert werden sollen. Die Preise der Güter werden nicht mehr dem Gesetz von Angebot und Nachfrage gehorchen, sondern werden soweit wie möglich nach sozialen, politischen und ökologischen Kriterien bestimmt werden.

Demokratische Planung ist keineswegs an sich „despotisch“ die Ausübung der Entscheidungsfreiheit der gesamten Gesellschaft. Es ist eine notwendige Übung, um sich von den entfremdenden und verdinglichenden „ökonomischen Gesetzen“ und „eisernen Käfigen“ innerhalb der kapitalistischen und bürokratischen Strukturen zu befreien. Eine demokratische Planung in Verbindung mit der Verkürzung der Arbeitszeit wäre ein erheblicher Fortschritt der Menschheit in Richtung dessen, was Marx „das Reich der Freiheit“ nannte (4): Die Zunahme der freien Zeit ist nämlich eine Bedingung für die Beteiligung der Arbeiter*innen an der demokratischen Diskussion und Verwaltung der Wirtschaft wie auch der Gesellschaft.

Die Anhänger*innen des freien Marktes machen sich unermüdlich das Versagen der sowjetischen Planung zunutze, um ihre kategorische Ablehnung jeder Form von organisierter Wirtschaft zu rechtfertigen. Ich möchte mich hier nicht auf eine Diskussion über die Erfolge und Misserfolge des sowjetischen Experiments einlassen, es ist jedoch bekannt, dass es sich eindeutig um eine Form der „Diktatur über die Bedürfnisse“ handelte, um den von György Markus und seinen Kolleg*innen von der Budapester Schule (5) verwendeten Ausdruck zu zitieren: um ein undemokratisches und autoritäres System, das einer kleinen Oligarchie von Techno-Bürokraten das Monopol der Entscheidungsfindung übertrug. Es war nicht die Planung, die zur Diktatur führte. Erst die zunehmende Einschränkung der Demokratie im Sowjetstaat und die Etablierung einer totalitären

bürokratischen Macht nach Lenins Tod führten zu einem zunehmend autoritären und undemokratischen Planungssystem. Wenn es zutrifft, dass der Sozialismus als die Kontrolle der Produktionsprozesse durch die Arbeiter*innen und die Bevölkerung definiert wird, so entsprach die Sowjetunion unter Stalin und seinen Nachfolgern dieser Bestimmung überhaupt nicht.

Das Scheitern der UdSSR veranschaulicht die Grenzen und die Widersprüche der bürokratischen Planung, deren Ineffizienz und Willkür eklatant sind: Es kann nicht als Argument gegen die Anwendung einer wirklich demokratischen Planung verwendet werden. Die sozialistische Konzeption der Planung ist nichts anderes als die radikale Demokratisierung der Wirtschaft: Wenn politische Entscheidungen sicherlich nicht von einer kleinen Führungselite getroffen werden sollen, warum nicht das gleiche Prinzip auf wirtschaftliche Entscheidungen anwenden? Die Frage nach der Gewichtung von Marktmechanismen und Planung ist zweifellos komplex: In den ersten Phasen der neuen Gesellschaft werden Märkte sicherlich noch einen bedeutenden Platz einnehmen, aber mit dem Fortschreiten des Übergangs zum Sozialismus wird die Planung immer wichtiger werden.

Im kapitalistischen System ist der Gebrauchswert nur ein Mittel – und oft ein Trick –, das dem Tauschwert und der Rentabilität untergeordnet ist (das erklärt eigentlich, warum es in unserer Gesellschaft so viele Produkte ohne jeden Nutzen gibt). In einer sozialistischen Planwirtschaft richtet sich die Produktion von Gütern und Dienstleistungen allein nach dem Kriterium des Gebrauchswertes, mit dramatischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Folgen.

Natürlich geht es bei der demokratischen Planung um große wirtschaftliche Entscheidungen, nicht um den Betrieb von lokalen Restaurants, Lebensmittelgeschäften, Bäckereien, kleinen Läden, Handwerksbetrieben oder Dienstleistungen. Ebenso ist es wichtig zu betonen, dass die Planung nicht im Widerspruch zur Selbstverwaltung der Arbeiter*innen in ihren Produktionseinheiten steht. Während die Entscheidung, z. B. eine Autofabrik in eine Bus- oder Straßenbahnproduktion umzuwandeln, von der Gesellschaft als Ganzes getroffen würde, würden die interne Organisation und das Funktionieren der Fabrik demokratisch von den Arbeiter*innen selbst verwaltet werden. Es wurde viel darüber debattiert, ob die Planung „zentralisiert“ oder „dezentralisiert“ sein sollte, aber das Wichtigste ist die demokratische Kontrolle des Plans auf allen Ebenen, lokal, regional, national, kontinental – und hoffentlich

global, da ökologische Probleme wie die globale Erwärmung global sind und nur auf dieser Ebene behandelt werden können. Diesen Vorschlag könnte man als „globale demokratische Planung“ bezeichnen. Selbst auf einer Ebene dieser Art handelt es sich um eine Planung, die zu dem, was oft als „Zentralplanung“ bezeichnet wird, im Gegensatz steht, denn die wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen werden nicht von irgendeinem „Zentrum“ getroffen, sondern demokratisch von den betroffenen Menschen bestimmt.

Natürlich kann es Spannungen und Widersprüche zwischen selbstverwalteten Betrieben und lokalen demokratischen Verwaltungen und anderen breiteren gesellschaftlichen Gruppen geben. Verhandlungsmechanismen können helfen, viele solcher Konflikte zu lösen, aber letztendlich wird es an den betroffenen größeren Gruppen liegen – und nur dann, wenn sie in der Mehrheit sind –, ihr Recht auf Durchsetzung ihrer Ansichten auszuüben. Ein Beispiel: Eine selbstverwaltete Fabrik beschließt, ihren Giftmüll in einen Fluss zu kippen; die Bevölkerung einer ganzen Region ist durch diese Verschmutzung bedroht; sie können dann nach einer demokratischen Debatte beschließen, dass die Produktion dieses Werks gestoppt werden muss, bis eine zufriedenstellende Lösung zur Kontrolle des Abfalls gefunden ist.
Im Idealfall haben in einer ökosozialistischen Gesellschaft die Fabrikarbeiter*innen selbst ein ausreichendes ökologisches Bewusstsein, um Entscheidungen zu vermeiden, die für die Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung gefährlich sind. Dennoch bedeutet die Einführung von Mitteln zur Sicherstellung der Entscheidungsbefugnis der Bevölkerung zur Verteidigung der allgemeinsten Interessen, wie im vorherigen Beispiel, nicht, dass Fragen, die die interne Verwaltung betreffen, nicht den Bürger*innen auf der Ebene der Fabrik, der Schule, der Nachbarschaft, des Krankenhauses oder des Dorfes vorgelegt werden sollten.

Die ökosozialistische Planung muss auf einer demokratischen und pluralistischen Debatte auf jeder Ebene der Entscheidungsfindung beruhen. Die Delegierten der Planungsgremien, die in Form von Parteien, Plattformen oder anderen politischen Bewegungen organisiert sind, werden gewählt, und die verschiedenen Vorschläge werden allen Betroffenen vorgestellt. Mit anderen Worten: repräsentative Demokratie muss durch direkte Demokratie bereichert – und verbessert – werden, die es den Menschen ermöglicht, Entscheidungen über verschiedene Vorschläge direkt – auf lokaler, nationaler und letztlich internationaler Ebene –

zu treffen. Die gesamte Bevölkerung wird dann über kostenlose öffentliche Verkehrsmittel entscheiden, über eine Sondersteuer, die die Autobesitzer*innen zur Subventionierung des öffentlichen Verkehrs zu zahlen haben, über die Subventionierung von Solarenergie, um sie gegenüber fossiler Energie wettbewerbsfähig zu machen, über die Verkürzung der Arbeitszeit auf 30, 25 oder weniger Stunden pro Woche, auch wenn dies eine Reduzierung der Produktion bedeutet.

Der demokratische Charakter der Planung macht sie nicht unvereinbar mit der Beteiligung von Expert*innen, deren Rolle nicht darin besteht zu entscheiden, sondern ihre – oft unterschiedlichen, sogar gegensätzlichen – Argumente während des demokratischen Entscheidungs-prozesses zu präsentieren. Wie Ernest Mandel sagte:

> *Die Regierungen, Parteien, Planungsausschüsse, Wissenschaftler, Technokraten oder wer auch immer können Anregungen geben, Vorschläge äußern, Menschen zu beeinflussen versuchen. […] Aber in einem Mehrparteiensystem werden solche Vorschläge niemals einstimmig sein: die Men-schen werden zwischen kohärenten Alternativen wählen können. Und das Recht und die Möglich-keit zu entscheiden sollte bei der Mehrheit der Produzenten/Konsumenten/Bürger liegen und bei niemand sonst. Was ist daran paternalistisch oder despotisch? (6)*

Es stellt sich die Frage: Welche Garantie gibt es, dass die Menschen die richtigen Entscheidungen treffen, die die Umwelt schützen, selbst wenn der Preis dafür darin besteht, dass sie einige ihrer Konsumgewohnheiten ändern müssen? Eine solche „Garantie“ gibt es nicht, nur die begründete Aussicht, dass die Rationalität demokratischer Entscheidungen triumphieren wird, sobald der Fetischismus der Konsumgüter abgeschafft ist. Es ist sicher, dass die Menschen Fehler machen werden, indem sie schlechte Entscheidungen treffen, aber machen die Expert*innen nicht selbst Fehler? Es ist unmöglich, sich den Aufbau einer neuen Gesellschaft vorzustellen, ohne dass die Mehrheit der Menschen durch ihre Kämpfe, ihre Selbsterziehung und ihre sozialen Erfahrungen ein großes sozialistisches und ökologisches Bewusstsein erreicht hat. Dann kann man davon ausgehen, dass die schwerwiegenden Fehler – einschließlich der Entscheidungen, die mit den Bedürfnissen der Umwelt nicht vereinbar sind – korrigiert werden. In jedem Fall kann man sich fragen, ob die Alternativen – der rücksichtslose Markt

oder eine ökologische Diktatur der „Expert*innen“ – nicht viel gefährlicher sind als der demokratische Prozess mit all seinen Einschränkungen…

Sicherlich sind für eine funktionierende Planung ausführende und technische Gremien notwendig, um Entscheidungen umzusetzen, aber ihre Autorität würde durch die permanente und demokratische Kontrolle durch die unteren Ebenen begrenzt, wo die Selbstverwaltung der Arbeiter*innen im demokratischen Verwaltungsprozess stattfindet. Natürlich kann von der Mehrheit der Bevölkerung nicht erwartet werden, dass sie ihre gesamte Freizeit in Selbstverwaltungs- oder Partizipationsversammlungen verbringt. Wie Ernest Mandel angemerkt hat:

> *Selbstverwaltung heißt nicht Aufgabe des Delegierungsprinzips. Sie kombiniert die Entscheidungsfindung der Bürger mit der strengeren Kontrolle der Delegierten durch die jeweilige Wählerschaft. (7)*

Ein langer Prozess mit Widersprüchen

Der Übergang vom „zerstörerischen Fortschritt“ des kapitalistischen Systems zum Ökosozialis-mus ist ein historischer Prozess, eine revolutionäre und ständige Transformation der Gesellschaft, der Kultur und der Mentalität – und die Politik im weiten Sinne, wie oben definiert, steht unbestreitbar im Zentrum dieses Prozesses. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass eine solche Entwicklung nicht ohne eine revolutionäre Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Strukturen und ohne die aktive Unterstützung einer großen Mehrheit der Bevölkerung für das ökosozialistische Programm stattfinden kann. Sozialistisches und ökologisches Bewusstsein ist ein Prozess, dessen entscheidende Faktoren die Erfahrungen und die kollektiven Kämpfe der Menschen sind, die, ausgehend von partiellen Konfrontationen auf lokaler Ebene, zur Perspektive einer radikalen Veränderung der Gesellschaft fortschreiten. Dieser Übergang würde nicht nur zu einer neuen Produktionsweise und einer demokratischen und egalitären Gesellschaft führen, sondern auch zu einer alternativen Lebensweise, einer echten ökosozialistischen Zivilisation jenseits des Reiches des Geldes mit seinen durch Werbung künstlich induzierten Konsumgewohnheiten und seiner unbegrenzten Produktion von nutzlosen und/oder umweltschädlichen Gütern.

Einige Ökolog*innen glauben, dass die einzige Alternative zum Produktivismus

darin besteht, das Wachstum ganz zu stoppen oder es durch negatives Wachstum zu ersetzen – in Frankreich wird dies Position „décroissance“ genannt. Das bedeutet, den übermäßigen Konsum der Bevölkerung drastisch zu reduzieren und u.a. auf Einfamilienhäuser, Zentralheizung und Waschmaschinen zu verzichten, um den Energieverbrauch zu halbieren. Da diese und ähnlich drastische Sparmaßnahmen sehr unpopulär sein dürften, spielen einige Befürworter*innen von Degrowth mit der Idee einer Art „ökologischer Diktatur“. (8) Gegen solche pessimistischen Ansichten legen einige Sozialist*innen einen Optimismus an den Tag, der sie glauben macht, der technische Fort-schritt und die Nutzung erneuerbarer Energiequellen unbegrenztes Wachstum und Wohlstand würden ermöglichen, so dass jede und jeder „nach ihren bzw. seinen Bedürfnissen“ erhalten wird.

Mir scheint, dass diese beiden Schulen etwa gemeinsam haben: eine rein quantitative Vorstellung von „Wachstum“ – positiv oder negativ – und von der Entwicklung der Produktivkräfte. Ich denke, dass es eine dritte Haltung gibt, die angemessener erscheint: eine echte qualitative Transformation der Entwicklung. Das bedeutet, der monströsen Ressourcenverschwendung durch den Kapitalismus ein Ende zu setzen, der auf der Massenproduktion von nutzlosen und/oder schädlichen Produkten beruht. Die Rüstungsindustrie ist ein gutes Beispiel, ebenso wie all jene „Produkte“, die im kapitalistischen System produziert werden und die – mit ihrer pro-grammierten Obsoleszenz – die keinen anderen Nutzen haben, als Profite für das Großkapital zu schaffen.

Es geht nicht um „exzessiven Konsum“ ganz abstrakt, sondern um die dominante Art des Konsums, dessen Hauptmerkmale sind: auffälliger Besitz, massive Verschwendung, zwanghafte Anhäufung von Gütern und der zwanghafte Erwerb von Pseudo-Innovationen, die durch „Mode“ auferlegt werden. Eine neue Gesellschaft würde die Produktion auf die Befriedigung echter Bedürfnisse ausrichten, beginnend mit jenen, die man als „biblisch“ bezeichnen könnte – Wasser, Nahrung, Kleidung und Wohnung –, aber auch wesentliche Dienstleistungen: Gesundheit, Bildung, Kultur und Verkehr.

Es liegt auf der Hand, dass Länder, in denen dieser Bedarf bei weitem nicht gedeckt ist, d. h. die Länder der südlichen Hemisphäre, sich viel mehr „entwickeln“ müssen – Eisenbahnen, Krankenhäuser, Kanalisationen und andere Infrastrukturen bauen – als die Industrieländer, aber dies sollte mit einem Produktionssystem vereinbar sein, das auf erneuerbaren Energien basiert und

daher nicht umweltschädlich ist. Diese Länder werden große Mengen an Nahrungsmitteln für ihre bereits von Hunger geplagte Bevölkerung produzieren müssen, aber – wie die Bauern-bewegungen, die auf internationaler Ebene von dem Netzwerk Via Campesina organisiert werden, seit Jahren argumentieren – dieses Ziel ist viel leichter durch eine in Familieneinheiten, Kooperativen oder Kolchosen organisierte ökologische bäuerliche Landwirtschaft zu erreichen als durch die zerstörerischen und unsozialen Methoden der Agrarindustrie, die auf dem intensiven Einsatz von Pestiziden, Chemikalien und gentechnisch veränderten Organismen basieren.

Das gegenwärtige abscheuliche System der Verschuldung und der imperialistischen Ausbeu-tung der Ressourcen des Südens durch die kapitalistischen und industrialisierten Länder würde einer Welle von technischer und wirtschaftlicher Unterstützung des Nordens für den Süden weichen. Es wäre keineswegs notwendig – wie einige puritanische und asketische Umweltschützer*innen zu glauben scheinen –, den Lebensstandard der europäischen oder nordamerikanischen Bevölkerung absolut zu senken. Diese Bevölkerungen müssten sich einfach von nutzlosen Produkten zu trennen, von solchen, die kein wirkliches Bedürfnis befriedigen und deren zwanghafter Konsum vom kapitalistischen System unterstützt wird. Sie würden zwar ihren Konsum reduzieren, aber den Begriff des Lebensstandards neu definieren, so dass Raum für eine Le-bensweise entsteht, die in Wirklichkeit reicher ist als die alte.

Wie können wir echte Bedürfnisse von künstlichen, falschen oder simulierten Bedürfnissen unterscheiden? Die Werbeindustrie – die ihren Einfluss auf die Bedürfnisse durch mentale Manipulation ausübt – hat in den modernen kapitalistischen Gesellschaften alle Bereiche des menschlichen Lebens durchdrungen. Alles wird nach ihren Regeln gestaltet, nicht nur Essen und Kleidung, sondern auch so unterschiedliche Bereiche wie Sport, Kultur, Religion und Politik. Werbung hat unsere Straßen, Briefkästen, Fernsehbildschirme, Zeitungen und Landschaften heimtückisch, permanent und aggressiv Weise überfallen. Dieser Sektor trägt direkt zu auffälligen und zwanghaften Konsumgewohnheiten bei. Darüber hinaus ist es eine phänomenale Verschwendung von Öl, Elektrizität, Arbeitszeit, Papier und Chemikalien, neben anderen Rohstoffen – alles auf Kosten der Verbraucher. Es handelt sich um einen Zweig der „Produktion“, der nicht nur aus menschlicher Sicht nutzlos ist, sondern auch im Widerspruch zu den wirklichen sozialen Bedürfnissen steht. Während

Werbung in einer kapitalistischen Marktwirtschaft eine unverzichtbare Dimension ist, hätte sie in einer Gesellschaft im Übergang zum Sozialismus kei-nen Platz. Sie würde durch Informationen über Produkte und Dienstleistungen ersetzt, die von Verbraucherverbänden bereitgestellt werden. Das Kriterium für die Unterscheidung zwischen einem echten und einem künstlichen Bedürfnis wäre sein Fortbestehen nach der Unterdrückung der Werbung. Es ist klar, dass die alten Konsummuster noch eine Zeit lang fortbestehen werden, denn niemand hat das Recht, den Menschen vorzuschreiben, was sie brauchen. Die Veränderung von Konsummustern ist ein historischer Prozess und eine pädagogische Herausforderung.

Einige Produkte, wie z.B. das private Auto, werfen komplexere Fragen auf. Private Autos sind ein öffentliches Ärgernis. Weltweit töten oder verstümmeln sie jedes Jahr Hunderttausende von Menschen. Sie verschmutzen die Luft in den Großstädten – mit negativen gesundheitlichen Folgen für Kinder und ältere Menschen – und sie tragen maßgeblich zum Klimawandel bei. An-dererseits befriedigt das Auto unter den gegenwärtigen Bedingungen des Kapitalismus reale Be-dürfnisse. In europäischen Städten, in denen die Behörden um die Umwelt besorgt sind, zeigen lokale Experimente – die von der Mehrheit der Bevölkerung gebilligt wurden –, dass es möglich ist, den Platz des privaten Autos zugunsten von Bussen und Straßenbahnen schrittweise einzu-schränken. In einem Prozess des Übergangs zum Ökosozialismus wird der öffentliche Verkehr – sowohl auf als auch unter der Erde – ausgedehnt und kostenfrei sein, während die Fahrspuren für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen geschützt sein werden. Folglich wird das private Auto eine viel geringere Rolle spielen als in der bürgerlichen Gesellschaft, in der das Auto zu einem Fetischprodukt geworden ist, das durch aufdringliche und aggressive Werbung gefördert wird. Das Auto ist ein Prestigesymbol, ein Zeichen der Identität (in den Vereinigten Staaten ist der Führerschein der anerkannte Ausweis). Es steht im Mittelpunkt des persönlichen, gesellschaftlichen und erotischen Lebens. Bei dem Übergang zu einer neuen Gesellschaft wird es viel einfacher sein, den Gütertransport auf der Straße – der für tragische Unfälle und hohe Umweltverschmutzung verantwortlich ist – drastisch zu reduzieren und durch Schienentransport oder Huckepackverkehr zu ersetzen: Nur mit der absurden Logik der kapitalistischen „Wettbewerbsfähigkeit“ ist die derzeitige Entwicklung des LKW-Transports zu erklären.

Die Pessimist*innen werden auf diese Vorschläge antworten: Ja, aber die Individuen werden von unendlichen Bestrebungen und Wünschen motiviert, die kontrolliert, analysiert, unterdrückt und wenn nötig sogar unterdrückt werden müssen. Die Demokratie könnte dann bestimmten Einschränkungen unterliegen. Der Ökosozialismus basiert auf einer vernünftigen Hypothese, die bereits von Marx vertreten wurde, der Vorherrschaft des „Seins“ über das „Haben“ in einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft, d. h. das Primat der freien Zeit über den Wunsch, unzählige Objekte zu besitzen: persönliche Erfüllung durch reale Aktivitäten – kulturelle, sportliche, freizeitliche, wissenschaftliche, erotische, künstlerische und politische Aktivitäten.
Der Warenfetischismus fördert den Kaufzwang mittels der Ideologie und der Werbung, die dem kapitalistischen System eigen sind. Es gibt keinen Beleg dafür, dass dies Teil der „ewigen menschlichen Natur“ ist. Ernest Mandel hat betont:

> *Die kontinuierliche Anhäufung von immer mehr Gütern (mit abnehmendem ‚Grenznutzen‘) ist keineswegs ein universelles oder auch nur vorherrschendes Merkmal menschlichen Verhaltens. Die Entwicklung von Talenten und Neigungen um ihrer selbst willen; der Schutz von Gesundheit und Leben; die Betreuung von Kindern; die Herausbildung reicher Sozialbeziehungen als Vorbedin-gung für geistige Stabilität und Glücklichsein – so sehen, sobald die materiellen Grundbedürfnisse befriedigt sind, die Hauptmotivationen aus. (9)*

Wie bereits erwähnt, bedeutet dies nicht, dass es, insbesondere in der Übergangszeit, keine Konflikte geben wird – zwischen Umweltschutz und sozialen Bedürfnissen, zwischen ökologischen Verpflichtungen und der Notwendigkeit, insbesondere in armen Ländern eine grundlegende Infrastruktur zu entwickeln, zwischen beliebten Konsumgewohnheiten und dem Mangel an Ressourcen. Eine klassenlose Gesellschaft ist keine Gesellschaft ohne Widersprüche und Konflikte. Diese sind unvermeidlich: Es wird die Aufgabe der demokratischen Planung sein, in einer ökosozialistischen Perspektive, die von den Zwängen des Kapitals und des Profits befreit ist, die Widersprüche und Konflikte durch offene und pluralistische Diskussionen zu lösen, die zu Ent-scheidungen der Gesellschaft selbst führen. Eine solche Demokratie, die kommunal und partizi-pativ ist, ist der einzige Weg, Fehler zwar nicht immer zu vermeiden, wohl aber sie durch die soziale Kollektivität selbst zu korrigieren.

Von einem grünen Sozialismus oder sogar, in den Worten einiger, einem

Solarkommunismus zu träumen und für diesen Traum zu kämpfen, bedeutet nicht, dass man sich nicht darum bemüht, konkrete und dringend anzugehende Reformen umzusetzen. Wir sollten uns keine Illusionen über einen „sauberen Kapitalismus“ machen, doch sollten wir versuchen, Zeit zu gewinnen und den staatlichen Stellen einige elementare Veränderungen aufzuzwingen: ein allgemeines Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen, eine drastische Reduzierung der Treibhausgasemissionen, eine strenge Regulierung der industriellen Fischerei und des Einsatzes von Pestiziden sowie chemischer Substanzen in der agroindustriellen Produktion, ein viel stärkerer Ausbau des öffentlichen Verkehrs, ein schrittweiser Ersatz von LKWs durch Züge.

Diese ökosozialen Sofortforderungen können zu einem Prozess der Radikalisierung führen, sofern sie nicht an die Anforderungen der „Wettbewerbsfähigkeit“ angepasst werden. Nach der Logik dessen, was Marxist*innen ein „Übergangsprogramm“ nennen, führt jeder kleine Sieg, jeder Teilfortschritt sofort zu einer wichtigeren Forderung, zu einem radikaleren Ziel. Diese Kämpfe um konkrete Themen sind wichtig, nicht nur, weil die Teilerfolge an sich nützlich sind, sondern auch, weil sie zu einem ökologischen und sozialistischen Bewusstsein beitragen. Darüber hinaus fördern diese Siege die Aktivität und Selbstorganisation von unten: Das sind zwei notwendige und entscheidende Voraussetzungen, um eine radikale, d. h. revolutionäre Umgestaltung der Welt zu erreichen.

Es wird keine radikale Transformation geben, solange die Kräfte, die sich für ein radikales, sozialistisches und ökologisches Programm einsetzen, nicht hegemonial sind, in dem Sinne, wie Antonio Gramsci es verstanden hat. In gewisser Weise ist die Zeit unsere Verbündete, denn wir arbeiten für die einzige Veränderung, die die Probleme der Umwelt lösen kann, die durch immer näher rückende Bedrohungen – wie den Klimawandel – nur noch schlimmer wird. Andererseits läuft die Zeit ab, und in ein paar Jahren – niemand kann sagen, in wie vielen – könnte der Schaden irreversibel sein. Es gibt keinen Grund für Optimismus: Die Macht der derzeitigen Eliten an der Spitze des Systems ist immens, und die Kräfte der radikalen Opposition sind noch bescheiden. Doch sie sind die einzige Hoffnung, die wir haben, um den „zerstörerischen Fortschritt“ des Kapitalismus zu stoppen. ♦

Aus dem Französischen übersetzt und bearbeitet von Wilfried Dubois

Dieser Beitrag ist in *Les Possibles*, der Zeitschrift des wissenschaftlichen Beirats von Attac Frankreich, veröffentlicht worden (Nr. 23, Frühjahr 2020).
Quelle: Michael Löwy, „Planification et transition écologique et sociale“, 3. April 2020,
https://france.attac.org/nos-publications/les-possibles/numero-23-printemps-2020/dossier-la-planification-pour-la-transition-sociale-et-ecologique/article/planification-et-transition-ecologique-et-sociale.

Anmerkungen

(1) Naomi Klein, *Plan B pour la planète.* Le New Deal vert, Arles: Actes Sud, 2019, S. 117; dt.: *Warum nur ein Green New Deal unseren Planeten retten kann,* Hamburg: Hoffmann und Campe, 2019, S. 97, 98 (Abschnitt „Zurück zur Planung" in dem Essay „Kapitalismus vs. Klima").

(2) Karl Marx, *Das Kapital.* Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band, Buch III: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion, hrsg. von Friedrich Engels, Berlin: Dietz Verlag, 1962, (Karl Marx / Friedrich Engels, Werke, Bd. 25), S. 828.

(3) Karl Marx, *Das Kapital.* Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals, Berlin: Dietz Verlag, 1962, (Karl Marx / Friedrich Engels, Werke, Bd. 23), S. 92.

(4) Karl Marx, *Das Kapital,* Dritter Band, S. 882.

(5) György Márkus war ein ungarischer Philosoph, der 1973 seine Stelle an der Akademie der Wissenschaften verlor und 1977 nach Australien emigrierte.
Als „Budapester Schule" wird eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern von Georg Lukács (–1971) bezeichnet, die sich nach 1968 als Teil der internationalen „Neuen Linken" verstand und für deren Entwicklung und Denken die Ereignisse der Jahre 1956, 1968 und 1989/90 in Osteuropa eine zentrale Bedeutung hatte.
In einem Brief von Georg Lukács vom 15. Februar 1971, der kurz nach seinem Tod (April 1971) in *The Times Literary Supplement* veröffentlicht wurde, schrieb er, er halte es für seine „Pflicht, auf die bedeutendsten Arbeiten dieser ‚Budapester Schule des Marxismus'" hinzuweisen.
Zu ihr zählten sich selber Ágnes Heller (1929–2019), Ferenc Fehér (1933–1994), György Márkus (1934–2016), Maria Márkus (1936–2017), Mihály Vajda (geb. 1935); gelegentlich werden auch Andras Hegedüs (1922–1999), István Mészáros (1930–2017) sowie István Eörsi (1931–2005), György Bence (1941–2006) und Janos Kis (geb. 1943) dazugerechnet.
Ihre theoretischen Ansätze wurde in einem von den Autor*innen selber zusammengestellten Sammelband vorgestellt: *Individuum und Praxis.* Positionen

der ‚Budapester Schule'. Beiträge von Georg Lukács, Agnes Heller, Mihály Vajda, György Márkus, Maria Márkus, Andras Hegedüs und Ferenc Fehér, Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 1975.
Michael Löwy hat eine Auswahl von Essays von Ágnes Heller und von Ferenc Fehér herausgegeben und mit einer Einleitung versehen: *Marxisme et démocratie,* Paris: François Maspero, 1981.
Hauptsächlich ihre Entwicklung weg von einem marxistischen Selbstverständnis behandelt: J. F. Dorahy, *The Budapest School.* Beyond Marxism, Leiden u. Boston: Brill, 2019.]

(6) Ernest Mandel, *Power and Money.* A Marxist Theory of Bureaucracy, London u. New York: Verso, 1992, S. 209; *Macht und Geld.* Eine marxistische Theorie der Bürokratie, Köln: Neuer ISP Verlag, 2000, S. 216/217.

(7) *Power and Money,* S. 204; *Macht und Geld*, S. 211.

(8) Der deutsche Philosoph Hans Jonas hat die Möglichkeit einer „wohlwollenden Tyrannei" zur Rettung der Natur evoziert (*Das Prinzip Verantwortung,* 1979); der finnische Ökofaschist Pentti Linkola hat eine Diktatur verfochten, die imstande wäre, jegliches Wirtschaftswachstum zu unterbinden [*Voisiko elämä voittaa.* Ja millä ehdoilla, 2004; Übersetzungen ins Englische: *Can Life Prevail?* A Radical Approach to the Environmental Crisis, 2009 und 2011].

(9) *Power and Money,* S. 206; *Macht und Geld*, S. 213.

Literatur

Dorahy, J. F.: *The Budapest School.* Beyond Marxism, Leiden u. Boston: Brill, 2019, (Social and Critical Theory, Bd. 23). – VII, 204 S.

Fehér, Ferenc / Heller, Agnes: *Diktatur über die Bedürfnisse.* Sozialistische Kritik osteuropäischer Gesellschaftsformationen, teilweise aus dem Englischen übersetzt von Herman Rotermund, Hamburg: VSA-Verlag, 1979. – 172 S.

Heller, Agnes: *Theorie der Bedürfnisse bei Marx,* mit einem Vorwort von Pier Aldo Rovatti, Westberlin: Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung, 1976. – 151 S.

1. Ausg.: *La teoria dei bisogni in Marx,* Milano: Giangiacomo Feltrinelli editore, 1974.

Heller, Agnes / Feher, Ferenc: *Marxisme et démocratie,* aus dem Englischen übersetzt von Anna Libera, mit einer Einleitung von Michael Löwy, Paris: François Maspero, 1981, (petite collection maspero, Bd. 257). – 281, [2] S.
Untertitel auf der ersten Umschlagseite: Au-delà du „socialisme réel".

Heller, Agnes / Fehér, Ferenc / Markus, György: *Der sowjetische Weg.* Bedürfnisdiktatur und entfremdeter Alltag, aus dem Englischen übersetzt von Frank Thomas Gatter, Hamburg: VSA-Verlag, 1983. – 344 S.

Individuum und Praxis. Positionen der ‚Budapester Schule'. Beiträge von Georg Lukács, Agnes Heller, Mihály Vajda, György Márkus, Maria Márkus, Andras Hegedüs und Ferenc Fehér, Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag, 1975, (edition suhrkamp, Bd. 545). – 189, [1] S.

Jonas, Hans: *Das Prinzip Verantwortung.* Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt a. M.: Insel Verlag, 1979. – 423, [3] S.

Klein, Naomi: *Warum nur ein Green New Deal unseren Planeten retten kann,* aus dem Englischen übersetzt von Gabriele Gockel, Sonja Schuhmacher, Barbara Steckhan, Hamburg: Hoffmann und Campe, 2019. – 351 S.
Originalausgabe: *On Fire.* The (Burning) Case for a New Green Deal, New York usw.: Simon & Schuster, 2019; London: Allen Lane, 2019.

* Linkola, Pentti: *Can Life Prevail?* A Radical Approach to the Environmental Crisis, aus dem Finnischen übersetzt, London: Integral Tradition Publishing, 2009. – 207 S.
Weitere englischsprachige Ausgabe: *Can Life Prevail?* A Revolutionary Approach to the Environmental Crisis, [London?]: Arktos, 2011. – 199 S.
Originalausgabe: Pentti Linkola, *Voisiko elämä voittaa.* Ja millä ehdoilla (Könnte das Leben siegen – und unter welchen Bedingungen?), Helsinki: Tammi, 2004. – 400 S.

Löwy, Michael: „Destruktiver Fortschritt: Marx, Engels und die Ökologie" (aus dem Französischen übersetzt von Joachim Wilke), in: *Utopie kreativ.* Diskussion sozialistischer Alternativen, Berlin, [Nr.] 174, April 2005, S. 306–315.
Beitrag zu „Congrès Marx International III, Section Écologie", Universität von

Nanterre (Paris X), 26. bis 29. September 2001.
Zuerst veröffentlicht: „Progrès destructif. Marx, Engels et l'écologie", in: Jean-Marie Harribey u. Michael Löwy (Hrsg.), *Capital contre nature,* Paris: Presses Universitaires de France, 2003, (Collection Actuel Marx Confrontation; Série Économie et Politique), S. 11–22.

Mandel, Ernest: *Macht und Geld.* Eine marxistische Theorie der Bürokratie, aus dem Englischen übersetzt von Björn Krüger, Köln: Neuer ISP Verlag, 2000. – 318 S.
Originalausgabe: *Power and Money.* A Marxist Theory of Bureaucracy, London u. New York: Verso, 1992.

Marx, Karl: *Das Kapital.* Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals, Berlin: Dietz Verlag, 1962, (Karl Marx / Friedrich Engels, Werke, Bd. 23). – 955 S.
1. Ausg.: Hamburg: Verlag von Otto Meissner, 1867; 2. dt. Ausg.: Hamburg: Verlag von Otto Meissner, 1872; 3. dt. Ausg.: Hamburg: Verlag von Otto Meissner, 1883; 4. dt. Ausg.: Hamburg: Verlag von Otto Meissner, 1890.

Marx, Karl: *Das Kapital.* Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band, Buch III: Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion, hrsg. von Friedrich Engels, Berlin: Dietz Verlag, 1962, (Karl Marx / Friedrich Engels, Werke, Bd. 25). – 1007 S.
Verfasst 1864/65. 1. Ausg., hrsg. von Friedrich Engels, Hamburg: Verlag von Otto Meissner, 1894.